



# **Die „grüne industrielle Revolution“ in Nordrhein-Westfalen ist machbar**

**DGB und NABU zur Zukunft des Industriestandortes NRW**

**Mai 2010**

# Die „grüne industrielle Revolution“ in Nordrhein-Westfalen ist machbar

## DGB und NABU zur Zukunft des Industriestandortes NRW

NRW ist Heimat für 18 Millionen Menschen. Dabei ist NRW ein sehr vielfältiges Land. Von der Wildnis im Nationalpark Eifel bis zum extrem urbanisierten Ruhrgebiet, von den Weiten des Niederrheins bis zu den Höhen des Sauerlandes: NRW hat eine große Vielfalt an Landschaften und eine hohe Verantwortung für seine enorme biologische Vielfalt.

Nordrhein-Westfalen ist ein hoch innovatives Industrieland. Unter den Industrienationen der Welt ist NRW die Nummer 17. Der Großteil der Wirtschaftsleistung und rund 60 % der Arbeitsplätze sind von der Industrie abhängig. Die Industrie ist der Motor für unternehmensorientierte Dienstleistungen, Wissenschaft und Forschung. Umgekehrt erfordern Dienstleistungen, Informations- und Kommunikationstechnologien industrielle Produkte und Prozesse. Dabei hat sich das Erscheinungsbild der Industrie grundlegend gewandelt. Dominierten noch vor 20 Jahren große Unternehmen sind es heute vor allem mittelständische Betriebe, die ihre innovativen Produkte und Verfahren erfolgreich vermarkten.

NRW ist der größte Energieproduzent, -verbraucher und -exporteur in Deutschland. Hier werden fast 30 % des in Deutschland benötigten Stroms erzeugt und ca. 40 % des bundesdeutschen Industriestroms verbraucht. NRW hat damit aber auch einen CO<sub>2</sub>-Ausstoß von 289,6 Mio. t. Rund 37 % davon entfallen allein auf die Industrie als Endverbraucher (Stand 2007).

Damit ist klar:

Die zukünftige Entwicklung des Industrie- und Wirtschaftsstandortes ist entscheidend für die ökologische, ökonomische und soziale Zukunft in Nordrhein-Westfalen.

Gleichzeitig ist ein sozial-ökologischer Umbau der Industrie Voraussetzung für ihre Zukunft und eine nachhaltige Entwicklung in NRW.

### **Gesellschaftlicher Dialog statt Konfrontation**

Während die meisten Bürgerinnen und Bürger die Industrie in NRW prinzipiell positiv bewerten, nehmen die Auseinandersetzungen um konkrete industrielle Projekte zu. Anwohner und Betroffene befürchten, dass die Umwelt durch die Industrie großen Schaden nimmt und die Lebensqualität vor Ort eingeschränkt wird. Diese Sorgen können nicht ernst genug genommen werden. Gleichzeitig dürfen aber die notwendigen Debatten um industrielle Projekte eine zukunftsfähige Entwicklung in NRW nicht verhindern.

Denn die Zeiten, in denen Wirtschaft, Arbeit und Umwelt gegeneinander ausgespielt werden, müssen der Vergangenheit angehören. Der Industriestandort NRW wird dann erfolgreich sein, wenn er sich konsequent einer ökologisch orientierten Industriepolitik verschreibt.

Um diesen Grundgedanken in praktische Politik zu übersetzen, brauchen wir in NRW einen gesellschaftlichen Dialog über Ziele und Wege nachhaltiger Entwicklung in unserem Bundesland. Nachhaltigkeit muss zum zentralen Ziel der industriellen Entwicklung gemacht werden. Wir hier in NRW müssen zeigen, dass es geht. Oder anders herum: wenn wir nicht in NRW Wege finden, Industrie nachhaltig, also wirtschaftlich erfolgreich, sozial stark und umweltschonend zu gestalten, wer denn dann?

Ein solcher Dialog hat in den letzten Jahren nicht stattgefunden. Das Land NRW hat zwar die von der Bundesregierung formulierten Klimaschutzziele übernommen, jedoch keine gesellschaftlich getragene Strategie entwickelt, wie diese Ziele erreicht werden können.

Der von der Landesregierung gestartete „Dialog Wirtschaft und Umwelt“ ist ein Dialog, der ausdrücklich ohne Beteiligung von Gewerkschaften und Umweltverbänden lediglich mit der Industrie und ihren Verbänden geführt wurde. Im Mittelpunkt steht dabei, einen größtmöglichen Einfluss der Industrie auf die Gesetzgebung und das Verordnungswesen in NRW sowie über den Einfluss von NRW auf die Bundesregierung und die EU zu organisieren.

Andererseits wurden die Beteiligungsrechte und die Verbandsklagemöglichkeiten von Umweltverbänden weitgehend zurückgefahren.

Die vom DGB NRW mit-initiierte Allianz „Pro Industrie und Nachhaltigkeit“ ist notwendig und sinnvoll, um für eine moderne Industrie in NRW zu werben. Allerdings sind auch hier Umweltverbände und andere Organisationen der Zivilgesellschaft bisher nicht eingebunden.

DGB NRW und NABU sind sich einig: die nächste Landesregierung ist gefordert, einen radikalen Wandel einzuleiten, um aus der destruktiven Konfrontation den Weg zu einem konstruktiven Dialog zu eröffnen. Wir brauchen Eckpunkte für ein zukunftsfähiges NRW, die mit allen gesellschaftlichen Kräften, der Politik und der Wirtschaft gemeinsam formuliert werden.

Nur im Rahmen eines solchen gesellschaftlichen Dialogs wird es möglich sein, sich den auch zwischen DGB und NABU kontrovers diskutierten grundlegenden Fragen wie etwa der Zukunft der Kohlekraftwerke, dem Sockelbergbau oder dem Braunkohleabbau in NRW lösungsorientiert zuzuwenden.

Der u.a. vom NABU vorgeschlagene und von der Klima-Allianz getragene Vorstoß für ein Landesklimaschutzgesetz ist grundsätzlich eine richtige Initiative, um Klimaschutzziele festzulegen und ihr Erreichen abzusichern. Hierüber muss weiter auch mit den Gewerkschaften diskutiert werden.

### **Sozial-ökologischer Umbau der Industrie in NRW**

Ein Abbau industrieller Kapazitäten und Kompetenzen ist für NRW keine Option. Auch ökologisch gesehen ist eine Strategie, die auf eine Minderung des CO<sub>2</sub>-Ausstosses und Umweltbelastungen durch Deindustrialisierung in NRW setzt, nicht sinnvoll. Im Gegenteil, Klimaschutz braucht technologische Kompetenzen und Innovationen, die sich aus einer modernen Industrie in NRW speisen.

Es sind die umweltschonenden Produkte und Verfahren, die auf mittlere Sicht auf den nationalen und Weltmärkten nachgefragt werden. Das heißt auch: Wer will, dass die Industrie bleibt, muss auch wollen, dass sie sich umwelt- und ressourcenorientiert verändert. Und diese Veränderungen haben längst begonnen. Die Industrie selbst wird zum Schlüssel beim Klima- und Umweltschutz und muss deren Motor werden.

Ein sozial-ökologischer Umbau der Industrie ist Voraussetzung und Grundlage, um sowohl die Klimaschutzziele zu erreichen als auch Beschäftigung in NRW zu sichern und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Eine ökologisch ausgerichtete Energiepolitik ist ein entscheidender Ansatz, um klimarelevante CO<sub>2</sub>-Emissionen zu senken.

International steigen die Anforderungen an den Klimaschutz. Unabhängig von internationalen Beschlüssen setzen immer mehr Staaten darauf, Produktions- und Lebensweisen stärker ökologisch auszurichten. Als exportorientiertes Industrieland rüstet die Wirtschaft in NRW weltweit mit modernen Systemen, Maschinen und Anlagen aus. Gerade weil NRW derzeit besonders schwer von der Finanz-Wirtschaftskrise betroffen ist, gilt es, jetzt die Voraussetzungen zu schaffen, damit die Unternehmen auf den globalen Märkten mit innovativen, ökologisch sinnvollen Produkten und Verfahren präsent sind.

Ein sozial-ökologischer Umbau der wissensbasierten Industriegesellschaft in NRW bedarf einer vorausschauenden und nachhaltig angelegten Wirtschafts- und Unternehmenspolitik. Nur im gemeinsamen Handeln von Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft mit Unterstützung von Wissenschaft und Forschung können Strategien und Konzepte für eine ökonomisch erfolgreiche, klimapolitisch wirksame und gesellschaftlich sinnvolle industrielle Entwicklung eingeleitet und langfristig realisiert werden.

Ein sozial-ökologischer Umbau der Industrie sorgt auch dafür, dass der Flächenverbrauch auf Netto-Null sinkt, damit Freiräume für Natur und Mensch sowie für die Land- und Forstwirtschaft erhalten bleiben.

Wir wollen, dass die nächste Landesregierung den sozial-ökologischen Umbau der Industrie in NRW mit folgenden Schwerpunkten gezielt fördert:

#### Ausbau erneuerbarer Energien:

Ein konsequenter Ausbau der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien ist der wichtigste Hebel zur Reduzierung von klimarelevanten Emissionen. Damit die erneuerbaren Energien ihren Anteil am gesamten Energieverbrauch von heute 10 % auf 20 % und der Stromerzeugung von heute 15 % auf 30 % bis 2020 steigern können, sind erhebliche Investitionen in Solar- und Windenergie sowie Biomassennutzung erforderlich. Dieser Ausbau muss naturverträglich geschehen und darf nicht zu einem weiteren Verlust an biologischer Vielfalt führen. Für eine breite Akzeptanz in der Bevölkerung muss intensiv geworben werden. Strom aus erneuerbaren Energien und dessen Einspeisung in die Netze ist weiterhin zu fördern. Systeme der Nah- und Fernwärmeversorgung sowie der Kraft-Wärme-Kopplung sind auszubauen.

Vor diesem Hintergrund muss am gesetzlich fixierten und gesellschaftlich breit getragenen Ausstiegsziel aus der Atomenergie festgehalten werden. Eine Verlängerung der Restlaufzeiten birgt nicht nur unkontrollierbare Sicherheitsrisiken und verschärft die ungelöste Endlagerungsproblematik und damit die fortdauernde Zwischenlage-

rung in Ahaus, sie ist auch wirtschaftspolitisch riskant, weil notwendige Investitionen in die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energieträgern vernachlässigt würden.

Förderung von Energie- und Ressourceneffizienz: Energie- und Ressourceneffizienz ist sowohl klimapolitisch als auch betriebswirtschaftlich bedeutsam. Während sich die industrielle Entwicklung in den letzten Jahrzehnten stark auf die Verbesserung der Arbeitsproduktivität ausgerichtet hat, wurde die Ressourcenproduktivität demgegenüber vernachlässigt. So hat sich die Arbeitsproduktivität seit 1969 vervierfacht, die Ressourcenproduktivität hat sich lediglich verdoppelt, die Energieproduktivität ist nur um 50 % gestiegen. Erforderlich sind technologische und soziale Innovationen, die die noch unerschlossenen Potenziale der Ressourcen und Energieeffizienz erschließen und die betriebliche Umsetzung fördern. Ziel muss es sein, wirtschaftliches Wachstum weitgehend vom Energie- und Ressourceneinsatz zu entkoppeln.

NRW braucht ein eigenes Förderprogramm zur Steigerung der Ressourcen- und Energieeffizienz. Hierzu sollte ein Energiesparfonds aufgelegt werden, der Anreize für Kommunen, Unternehmen und Privathaushalte gibt und die Einführung hocheffizienter Produkte unterstützt. Zudem müssen Forschung, Entwicklung und betriebliche Erprobung öffentlich gefördert werden.

Förderung ökologisch sinnvoller industrieller Produkte und Systeme:

Das Know How etablierter und jüngerer industrieller Bereiche in NRW bietet die besten Voraussetzungen zur Verstetigung und zum Ausbau ökologisch sinnvoller Produkte und Verfahren. Die Beispiele hierfür sind vielfältig und reichen von der Entwicklung umweltfreundlicher Werkstoffe oder Materialien wie Hochleistungspolymeren in der chemischen Industrie bis hin zu verbrauchs- und emissionsarmen Antriebssystemen im Fahrzeugbau. In vielen Bereichen liefert die Industrie damit Lösungen für drängende ökologische Probleme. Diese zu erkennen und zu fördern, ist eine vordringliche Aufgabe in der Wirtschaftspolitik des Landes NRW.

Diese industriellen Zukunftsfelder müssen quer durch alle Sektoren systematisch erfasst und ausgebaut werden. So etwa durch die Einrichtung einer Modellregion Elektromobilität, bei der in einem integrierten Ansatz Automobilhersteller, Verkehrsteilnehmer, Infrastrukturhersteller und -betreiber sowie Energiewirtschaft in Zusammenarbeit mit Forschung und Wissenschaft neue Antriebstechniken und Mobilitätssysteme entwickeln und erproben.

Energetische Gebäudesanierung:

Neben Industrie und Verkehr wird im Wohnbereich der größte Energieverbrauch verursacht. Über eine energetische Gebäudesanierung ergibt sich das größte Potenzial zur Energieeinsparung und Verringerung von klimarelevanten CO<sub>2</sub>-Emissionen. Effiziente Wärmedämmsysteme sowie intelligente Klima-, Beleuchtungs- und Regelsysteme sind die wesentlichen Bestandteile energetischer Gebäudesanierung, die längst entwickelt und erprobt worden sind, jedoch viel zu schleppend zum Einsatz kommen. Ein langfristig angelegtes Programm zur energetischen Gebäudesanierung ist ein wichtiger erster Schritt in den sozial-ökologischen Umbau der Industrie in NRW.

Mit einem solchen Programm können neben den ökologischen Zielen auch erhebliche wirtschaftliche und soziale Vorteile erzielt werden. So profitieren sowohl das Handwerk über die Ausführung als auch die Industrie über die Anlagen und Dämmstoffe unmittelbar von der Gebäudesanierung. Wegen des geringeren Energieverbrauchs werden die Mieter bei den Mietnebenkosten erheblich entlastet. Sinnvoll wäre zudem, die energetische Gebäudesanierung mit aufgrund des demografischen Wandels notwendigen Maßnahmen zum altengerechten Wohnen zu koppeln.